

# *Caspar Dohmen*

---

aus Deutschland



## Stipendien-Aufenthalt in Guatemala

30. September bis 31. Dezember 2002

## **Guatemala – Schatten der Vergangenheit**

Von Caspar Dohmen

Guatemala vom 30.09. bis 31.12.2002  
betreut von der Heinz-Kühn-Stiftung



# Inhalt

1. Prolog	52
2. Schatten der Vergangenheit – Guatemalas Pinochet	52
3. Mayas und Militärs	55
4. Ernüchterung	57
5. Die Zivilpatrouillen – Täter oder Opfer?	58
6. Das zähe Ringen um Recht	60
7. Standortbestimmung	61
8. Oktoberrevolution	62
9. Die chancenlose Jugend	64
10. Reichtum für Wenige	66
11. Endstation Straße	69
12. Die ungelöste Landfrage	70
13. Die allgegenwärtige Unsicherheit und Gewalt	72
14. Die Front zwischen Unternehmern und Regierung	73
15. Hieronymos Traum	74
16. Die Geburt Jesu	76
17. Der heilige Mafiosi	77
18. Der Musikwettbewerb	77
19. Die Katholiken sind in der Defensive	78

20. Die Blockade „Ehemann“	79
21. Korruption	81
22. Das Leben auf einem Vulkan	82
23. Das „andere“ Guatemala	83

## 1. Prolog

Caspar Dohmen, Jahrgang 1967, Studium der Medizin, Volkswirtschaft und Politik in Köln. Abschluss 1995 als Dipl. Volkswirt sozialwissenschaftlicher Richtung. Während des Studiums freie Mitarbeit für Hörfunk und Fernsehen des WDR. Volontariat bei der Rheinischen Post in Düsseldorf, danach Wirtschaftsredakteur beim Wiesbadener Kurier. Seit Juli 2000 Redakteur des Handelsblatts in Düsseldorf.

Mit Mittelamerika beschäftige ich mich seit Mitte der 80er Jahre. Damals trat ich als Schüler Amnesty International bei; damals herrschte in mehreren Ländern der amerikanischen Landbrücke Bürgerkrieg – auch in Guatemala. Diesem Land wandte ich meine spezielle Aufmerksamkeit zu, als Anfang der 90er Jahre allmählich Hoffnung auf ein Ende des Bürgerkriegs, der 1960 ausgebrochen war, keimte. Schon 1986 hatte die Militärdiktatur abgedankt. Zehn Jahre später kam es endlich zu Friedensverträgen zwischen der demokratisch gewählten Regierung und der Guerilla. Im Herbst 2002 bin ich endlich selbst in diesem Land, um als Stipendiat der Heinz-Kühn-Stiftung zu erkunden, ob und inwieweit die Friedensverträge in die Tat umgesetzt worden sind und das Schicksal der Bevölkerung verbessert haben.

## 2. Schatten der Vergangenheit – Guatemalas Pinochet

Die Vergangenheit klebt an Guatemala. Oft fühle ich mich während meiner Reise in die 80er Jahre zurückversetzt: Damals führte Efraim Rios Montt zwei Jahre lang das Land mit harter Hand. Unter der Riege der Generäle, die sich in dem mittelamerikanischen Land ein Jahrhundert lang beim Regieren abwechselten, fällt er mit einer besonders blutigen Bilanz auf. Neunzig Prozent der mehr als 600 offiziell registrierten Massaker, welche die guatemaltekeische Armee während des Bürgerkrieges (1960 bis 1996) an der indigenen Bevölkerung verübte, gehen auf sein Konto. Nun – zwei Jahrzehnte später – erlebe ich bei meiner journalistischen Entdeckungsreise, wie dieser Mann erneut die politischen Machtfäden in der Hand hält. Täglich ist der Gründer der Regierungspartei Frente Republicano Guatemalteco (FRG) und Parlamentspräsident in den Medien präsent. Trotz seiner Vergangenheit kommt der charismatische Redner bei vielen Guatemalteken gut an. So könnte der ehemalige General der nächste Präsident der rund elf Millionen Guatemalteken werden. Bei den vergangenen Wahlen hatte er noch Alfonso Portillo vorgeschickt, im Herbst 2003 will der 75-jährige Ex-General nun selbst nach dem Präsidentenamt greifen. Zwar verbietet ihm dies die Ver-

fassung, weil er durch einen Putsch an die Macht gekommen war. Doch dies ignoriert der Machthaber. Während Rechtsexperten, Oppositionspolitiker, die USA und Europäische Union den Rechtsbruch noch anprangern und mit Sanktionen drohen, produziert die FRG bereits Präsente für den Wahlkampf: kleine Getränkebeutel mit dem Porträt ihres unangefochtenen Spitzenmanns Efraín Ríos Montt.

Warum hat der General so gute Aussichten, die Wahl zu gewinnen, sechzehn Jahre nachdem die Militärs abdankten und sechs Jahre nach Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen Regierung und Guerilla? „Wirtschaftliches Missmanagement, Regierungsskandale, unerfüllte Wahlversprechen, sowie eine explosive Zunahme der täglichen Gewalt, haben dem Ansehen der Politiker sehr geschadet,“ sagt Gildardo Martínez, Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Quetzaltenango, der zweitgrößten Stadt des Landes. Und die stärkste Oppositionsgruppe – die PAN – stelle als Partei der Großunternehmer und Reichen für viele Menschen keine Alternative dar. Deren neuer ist zugleich ihr alter Spitzenkandidat Oscar Berger. Im November 2002 ist er erstmals durch eine parteiinterne Vorwahl nominiert worden.

Eigenartiger Weise hat die ehemalige Guerilla in Guatemala bisher noch nicht die Regierung bilden können, anders als in anderen mittelamerikanischen Ländern wie Nicaragua. Erst bei den vergangenen Wahlen erfüllte die ehemalige Guerilla alle Voraussetzungen zur Gründung einer Partei. Unter ihrem alten Namen die Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca – URNG – (Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas) versammelt sie die neue Linke des Landes. Bisher spielt sie nur eine Nebenrolle auf dem politischen Parkett. Und bei den nächsten Wahlen erwarten Experten abermals ein Rennen zwischen den beiden Spitzenkandidaten der FRG und PAN.

Gleichgültig wer gewinnt, er steht vor einer schwierigen Aufgabe. Regierung, Polizei und Streitkräfte sind bis in die höchsten Kreise in Drogenhandel und Korruption verstrickt, Armut und Gewalt nehmen zu. Unter Geschäftsleuten und Touristen gilt das Land als eines der gefährlichsten Reiseziele. Die amerikanische Regierung hat Guatemala auf die Schwarze Liste jener Länder gesetzt, die bei der Bekämpfung des Drogenhandels nicht kooperieren. Die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens zwischen den mittelamerikanischen Staaten und den USA ist wegen der Zustände im bevölkerungsreichsten Land der Region gefährdet. Bill Clinton und George Bush haben bereits die Dauervisa einer Reihe guatemaltekitischer Politiker für die Vereinigten Staaten kassiert: wegen deren Verwicklungen in Korruption und Drogenhandel. Die Europäische Union will ihre Finanzhilfe für das Land drosseln, sollte die Regierung nicht stärker gegen Vetternwirtschaft und Menschenrechtsverletzungen vorgehen.

Das Land sei auf dem direkten Weg in die Unregierbarkeit, höre ich bei meiner Reise immer wieder. So sagt der Sozialwissenschaftler Bernardo Arevalo: „Der Bürgerkrieg hat das soziale Gewebe pulverisiert, jeder misstraut heute jedem.“ Der alte Staat als Diener einer kleinen Oberschicht habe keinerlei Strukturen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bürger, wie Gesundheit, Erziehung und Sicherheit entwickelt. Und die Demokraten hätten die Menschen enttäuscht. Jetzt wende sich das Volk von der Demokratie ab. Deutliches Zeichen des staatlichen Autoritätsverfalls ist für die Vereinten Nationen die dramatische Zunahme von Lynchmorden. Verwunderlich ist sie nicht, schließlich werden nach Ansicht von Experten nur fünf Prozent aller Straftäter gefasst und davon etwa nur fünf Prozent verurteilt. Dies wirkt wie ein Freifahrtschein für Raubüberfälle, Morde und Diebstähle. Die Bevölkerung fühlt sich durch die Polizei nicht geschützt. Folglich greifen Menschen zur Selbstjustiz, vor allem in den Gegenden, wo der Bürgerkrieg besonders heftig getobt hatte. El Estor liegt in einer solchen Gegend. Verständlich also, dass die Bevölkerung das Gefängnis stürmt, in dem ein angeblicher Vergewaltiger in Untersuchungshaft sitzt. Sie lässt ihrer Empörung freien Lauf. Und die Polizisten kapitulieren, ziehen sich aus der Stadt zurück – einige Tage herrscht in dem Ort Anarchie. „Der Rechtsstaat ist dazu da, die Unversehrtheit des Einzelnen zu schützen, das ist an vielen Orten in Guatemala aber nicht mehr der Fall“, sagt Jens Urban, Mitarbeiter der Minugua.

Deshalb sehnen viele Menschen einen starken Mann an der Staatsspitze herbei. „Rios Montt macht wenigstens, was er sagt“, erzählt mir Gabriel, ein junger Indio, den ich in einem Internetcafe in Nebaj kennen lerne. Acht Stunden lang bin ich über eine Piste, die nach der Regenzeit mehr aus Schlaglöchern als aus Asphalt besteht, durch die Sierra de los Cuchumatanes nach Nebaj geholpert. Das Dorf markiert gemeinsam mit Chajul und San Juan Cotzal ein dreieckiges Gebiet auf der Landkarte im bergigen Hochland. Hier wütete der Kampf zwischen Militärs und Guerillas vor zwanzig Jahren besonders heftig. Immer noch weisen einige Häuser Einschusslöcher auf, zwei große Friedhöfe mit vielen Gräbern aus den 80er Jahren zeugen von der leidvollen Epoche. Wer die Hauptkirche am Dorfplatz betritt, findet zwei Wandnischen, darin Hunderte kleiner Holzkreuze, auf denen die Namen der Toten des Bürgerkriegs geschrieben sind. Bis vor wenigen Wochen hingen weitere Kreuze in einer Nebenkapelle der Kirche. Doch deren Eingang ist jetzt zugemauert. „Die Kapelle ist durch einen Brandanschlag zerstört worden,“ erzählt mir ein Polizist im Rathaus.

### 3. Mayas und Militärs

Seit der Kolonialisierung durch die Spanier 1523 sind die Mayas durch die Machthaber unterdrückt und vernachlässigt worden. Diese kümmerten sich nicht um die elenden Lebensumstände der Bevölkerungsmehrheit. Das hat sich nie geändert, mochten die Regierungen kommen und gehen. Sie wurden erst aufmerksam, als Anfang der 1970er Jahre Guerillagruppen den bewaffneten Kampf gegen die Ausbeutung organisierten. Ihre Reaktion: Das Regime unter dem Militär Carlos Arana Osorio – vom Volk „die Spinne“ genannt – überzieht das Land mit einem Netz von rechten Terrorkommandos, die gnadenlos auf jede Entführung oder Ermordung durch die Untergrundkämpfer antworten. Diese Kommandos bestanden während des ganzen Bürgerkriegs fort.

Im Hochland rekrutierte sich die Guerilla aus jungen Indígenas, den Ur-wohnern. Indessen liefen der Stadtguerilla vor allem Studenten und Gewerkschaftsaktivisten zu. Diese waren mehrheitlich Ladinos, Nachfahren der Spanier oder Mischlinge.

Die Guerillas wollen die Machtverhältnisse im Land ändern, die Armee verteidigt brutal den Status quo. Sie setzt sich mit aller Brutalität durch. Die Kämpfe zwischen den Guerilleros und der Armee eskalieren. Ab Mitte der 1970er Jahre versinkt das Land in einer Grabesruhe. Linke Demokraten, Intellektuelle, Künstler und Untergrundbewegungen werden ausgeschaltet, fliehen oder schweigen angesichts der Gewalt. Vor einen Holzbocker, der von Macheten und Messern kreuz und quer durchbohrt ist, hat jemand sieben Schwertlilien gelegt – wie zum Begräbnis. Mit dieser Installation im Museum für moderne Kunst erinnert der Künstler Erwin Guillermo an die Zeit der Repression.

Eine der brutalsten Aktionen findet unter General Romeo Lucas 1980 statt. Die von 32 Indígenas besetzte spanische Botschaft wird von Sicherheitskräften angezündet und gestürmt. Die Bilder gehen um die Welt. Es überleben nur der Botschafter und ein Indígena, der wenig später aus dem Krankenhaus entführt und ermordet wird. Berichte der „Wahrheitskommissionen“ der Vereinten Nationen und der katholischen Kirche werfen Armeeingehörigen vor, damals systematisch Massaker an der indianischen Zivilbevölkerung verübt zu haben. Von Völkermord spricht der UN-Bericht. Millionen Menschen verschwinden, sterben oder fliehen über die Berge und durch die Wälder in das angrenzende Mexiko.

Zeugen schildern heute, wie grausam Soldaten und Paramilitärs handelten: Väter mussten ihre Söhne, Söhne ihre Väter erschießen. Töchter wurden vor den Augen ihrer Eltern, Mütter vor den Augen ihrer Kinder vergewaltigt, schwangeren Frauen der Bauch mit der Machete aufgeschlitzt,



Babys mit dem Baseballschläger erschlagen, Dörfer abgebrannt, Massenerschießungen angesetzt. Man kann dies in den Berichten der Wahrheitskommissionen nachlesen. Unter dem General Rios Montt verfolgte das Militär eine besonders verheerende Methode: die Doktrin der „verbrannten Erde“. Über 400 Mayadörfer wurden zerstört. Guatemaltekeische Menschenrechtsorganisationen sprechen von 15.000 politischen Morden in den sechzehn Monaten nach Montts Putsch, viele an Priestern. Den Schießkommandos fallen vor allem geistliche und intellektuelle Führer der Dorfgemeinschaften zum Opfer. „Von diesem Adererlass haben sich viele Gemeinden bis heute nicht erholt“, erzählt die Menschenrechtlerin Carmen Ibarra von der Myra-Mack-Stiftung.

Mit Wachsmalstiften haben Kinder ihre Traumata aus dieser Zeit gezeichnet. Man kann die Bilder im Museum für Moderne Kunst in der Hauptstadt sehen: Ein Junge hat gezeichnet, wie ein Kapuzenmann seine Mutter erschießt und wie er mit seinen Geschwistern weinend am Grab steht. Ein Mädchen hat ein Herz gemalt, das mit Revolvern und Messern ausgefüllt ist.

„Die Grausamkeit des Bürgerkrieges setzte nahtlos die jahrhundertalte Unterdrückung der indianischen Bevölkerung durch die weiße Oberschicht fort,“ erklärt Humberto Sanchez, ein Universitätsdozent. Das Vorgehen aller Militärregime seit 150 Jahren habe immer auch rassistische Züge gehabt. Der Rassenkonflikt wurde zudem von außen geschürt. So übten amerikanische Firmen und die US-Regierung über Jahrzehnte Druck auf die guatemaltekeischen Machthaber aus, um die „archaische und ungerechte Struktur in Guatemala aufrecht zu erhalten“, belegt der UN-Bericht des Berliner Völkerrechtlers Christian Tomuschat. Beweise fand er vor allem in der Zeit des Kalten Krieges für die „direkte und indirekte Beteiligung des US-Geheimdienstes CIA an illegalen Operationen“.

Weltweit kämpften damals die USA und die Sowjetunion in Stellvertreterkriegen um ihre Einflussgebiete. Die Guerilla in Guatemala wird vom kommunistischen Cuba unterstützt. Anfang der 80er Jahre sind die Widerstandskämpfer auf dem Vormarsch. Ihre Anhänger kontrollieren weite Landstriche im bergigen Hochland – Die Militärs, beraten von Israel, Südafrika, Chile, Argentinien und den USA, setzten auf eine neue Methode: sie richteten „Modelldörfer“ (aldeas modelo) ein, künstliche Dorfgemeinschaften, in denen das soziale Leben der Menschen von den Militärs streng kontrolliert wird. Sie gab es vor allem in den Hochlandregionen Quiché, Alta Verapaz und Huehuetenango, sowie im Dschungelgebiet des Petén. Zeugen berichten: „Vor Anbruch der Dämmerung mussten wir die Flagge hissen, die Nationalhymne singen, an ideologischen Gesprächsrunden teilnehmen, dann arbeiteten wir auf den Feldern. Unser Tag endete gegen neun Uhr abends mit

einer ideologischen Umerziehungsrunde.“ Auf diese Weise wollten die Militärmachthaber die Menschen davon abhalten, den Guerilleros zu helfen. Zwischen 50.000 und 60.000 Hochlandbewohner lebten damals in solchen Dörfern wie Acamal oder Acul.

Das kleine Straßendorf Acul erinnert mit seinen saftigen Wiesen, Fleckvieh und Käsereien an ein schweizerisches Alpental. Doch die Idylle täuscht. Hier herrscht ein italienisch stämmiger Familienclan: Das gesamte fruchtbare Tal gehört den Brüdern Assaris. Die Menschen wohnen in kleinen Hütten, von dort blicken sie auf die Anwesen der Patrone. Während die Landarbeiter für geringe Entlohnung auf den Feldern arbeiten, schweben immer wieder Regierungsmitglieder, Generäle oder Unternehmer mit dem Helikopter ein, um sich ein paar Stunden oder Tage lang in dem Tal vom Stress der Hauptstadt zu erholen. Soeben erst sei der amerikanische Generalkonsul abgeflogen, erzählt mir einer der beiden Brüder Assari beiläufig, und führt mich zu den Bungalows, die er an betuchte Gäste vermietet.

#### 4. Ernüchterung

Längst ist im ganzen Land die Euphorie der Menschen über das Ende des 36-jährigen Bürgerkrieges einer großen Ernüchterung gewichen. „Die Guatemalteken haben sich übernommen, weil sie mit den Friedensverträgen alle Probleme auf einmal lösen wollten“, sagt Jens Urban, Mitarbeiter der UN-Mission Minugua, die seit sechs Jahren über die Umsetzung der Friedensvereinbarung wacht. Scharfe Worte wählt sein Chef, Tom Königs (Bündnis 90 – Die Grünen), zum sechsten Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensvertrages am 29. Dezember 2002. Diskriminierung und Armut existierten weiter; und das seien zwei zentrale Wurzeln des Bürgerkriegs. Er kritisiert das „hohe Ausmaß der Straflosigkeit“, sowie das „Klima der Bedrohung und Einschüchterung in dem Menschenrechts- und Gewerkschaftsaktivisten leben“. Trotz aller Probleme sieht der Deutsche allerdings auch positive Ansätze: „Es gibt Fortschritte bei der Umsetzung der Friedensverträge, wie die Modernisierung der Infrastruktur des Landes.“

Eigentlich kam der ehemalige Frankfurter Stadtkämmerer Königs vergangenes Jahr mit dem Auftrag, die UN-Mission bis Ende 2002 abzuwickeln. Doch aufgrund der schwierigen Lage in dem Land und der anstehenden Wahlen verlängerten die Vereinten Nationen das Mandat um ein Jahr „Wir müssen die Demokratie noch lernen“, meint Gildardo Martinez. „Dafür brauchen wir noch Zeit, schließlich fehlen uns Generationen fortschrittlich denkender Menschen.“ Die wurden verjagt, getötet oder wuchsen überhaupt

nicht heran. Trotzdem ist Martinez optimistisch, dass seine beiden Söhne später einmal ein besseres Leben in Guatemala haben werden. Er bedauert, dass sich viele, vor allem junge Menschen resigniert von der Politik abwenden.

Wissenschaftler berichten von ähnlichen Entwicklungen in den mittelamerikanischen Republiken Honduras, Nicaragua und El Salvador. Sie begründen ihren Befund mit der These: So lange in diesen Ländern den meisten Menschen die politischen Artikulationsmöglichkeiten fehlen, nutzen sie ihre demokratischen Grundrechte nicht. „Welche staatsbürgerlichen Eigenschaften können unter derartigen materiellen und kulturellen Gegebenheiten entstehen oder gefestigt werden, welche politische Demokratie kann man damit aufbauen?“, fragt der Sozialwissenschaftler Edelberto Torres-Riva. Die mittelamerikanischen Demokratien sind für ihn weitgehend „Demokratien ohne Staatsbürger“.

## 5. Die Zivilpatrouillen – Täter oder Opfer?

Rebecca Cabrera ist entsetzt: „Wieso sollen sie Geld bekommen“, Seit Tagen blockieren etwa zwölftausend Mitglieder der ehemaligen paramilitärischen Selbstverteidigungspatrouillen (Pac) die Hauptverkehrsader des Landes von der Karibik zum Pazifik. Kilometerlange Lastwagenschlangen bilden sich. Es herrscht Chaos. Die ehemaligen Pac-Mitglieder fordern eine Entschädigung von 20.000 Quetzal (etwa 2.500 Euro) für jeden, der Anfang der 80er Jahre Dienst tat. Eine Entlohnung in dieser Höhe hatte ihnen Präsident Alfonso Portillo im Frühjahr 2002 versprochen. Doch seitdem ist es ruhig geworden um das Versprechen. Jetzt rebellieren die ehemaligen Ersatztruppen des Heeres. Rebecca, eine kleine zierliche Frau, bebt vor Empörung. Sie erzählt mir von ihrem Onkel, den die Zivilpatrouillen ermordet haben. „Er ist nicht der einzige gewesen“, erzählt die Lehrerin. „Warum sollen die Täter entschädigt werden, die Opfer aber nicht?“ Ihr Zorn ist verständlich. Schließlich stockt bis heute die Wiedergutmachung für die Angehörigen der Opfer der Menschenrechtsverletzungen. Auch die UN-Fachleute der Minugua mahnen an, dass bereits im Jahr 2001 ein Konsens über einen nationalen Plan zur Wiedergutmachung hätte erarbeitet werden sollen.

Es ist eine schwierige Situation: Schließlich hatten sich seinerzeit nur wenige freiwillig den paramilitärischen Einheiten angeschlossen, viele hatten die Militärs zum Dienst gezwungen. „Entweder Ihr macht mit oder Ihr seid Guerilleros“, hieß es, wenn die Soldaten in die Dörfer zur Rekrutierung einrückten. Viele Menschen haben später vor den Wahrheitskommissionen

anonym ihr Dilemma beschrieben: „Ich fügte mich aus Furcht. Alle die sich weigerten, wurden bestraft“ Ein Mann erzählt, wie die Soldaten während der Anwerbeaktion ein großes Grab neben der Dorfstraße aushoben. „Ich bekam Angst, willigte ein. Wohin hätte ich sonst gehen sollen? Ich war doch in ihrer Hand.“ Wer sich weigerte, dem blieb meist nur die Flucht in die Berge. Haus und Hof, das Land seiner Väter musste er zurücklassen. Andere setzten sich zur Wehr. So entstanden die „geheimen Dörfer im Widerstand“. Die versteckten Dorfgemeinschaften in den Bergen waren so organisiert, dass sich deren Bewohner bei einem Vorrücken der Armee schnell mit ihrer Habe absetzen konnten.

In den Friedensverträgen von 1996 sparten die Verhandlungsführer der Regierung und der Guerilla die heikle Problematik aus, wie mit den Angehörigen der Pac verfahren werden sollte. Doch in diesen Tagen bricht das Tabu auf. Dabei prallen Befürworter und Gegner aufeinander. „Eine Entschädigung der Paramilitärs ist verfassungswidrig“, heißt es in einem aktuellen Rechtsgutachten, das Menschenrechtsgruppierungen vorlegen. „Eine Entschädigung ist angebracht und möglich“, hält die Regierung Portillo dagegen. In Presse und Fernsehen schlagen die Wogen während der Straßenbesetzungen im Oktober 2002 hoch. Erst nach einigen Tagen räumt die Nationalpolizei die Straßen, es gibt Tote und Verletzte.

Oppositionspolitiker kritisieren, hinter einer Entschädigung der Pac-Mitglieder verberge sich der plumpe Versuch der Regierungspartei, Stimmen für die anstehenden Wahlen zu kaufen. „Das liegt doch auf der Hand“, sagt Leticia Alvarado von der Oppositionspartei PAN. Die eloquente Politikerin treffe ich auf einem politischen Kongress im nobelsten Hotel der Hauptstadt, dem Camino Real.

Bis heute gibt es viele Verknüpfungen zwischen der FRG und den ehemaligen Paramilitärs. Dieses Netzwerk habe mit zum überraschenden Erfolg von Alfonso Portillo beim letzten Urnengang beigetragen, sagen Fachleute. Die Entscheidung der drei Millionen Wahlberechtigten versuchen die Parteien in Guatemala bis heute durch Geschenke zu beeinflussen. „Sie verteilen schon einmal Macheten oder kippen eine Lastwagenladung Fleisch in einem Dorf ab“, erzählt Jose Luis Ramirez, Verwaltungschef in Olinstepeque, einem kleinen Hochlanddorf.

## 6. Das zähe Ringen um Recht

Der Verlauf zweier Gerichtsverfahren zeigt, wie zäh das Ringen um ein neues Guatemala ist: Anfang Oktober werden die drei Militärs Juan Valencia Osorio, Edgar Augusto Godoy Gaytan und Juan Guillermo Oliva zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Sie hatten zwölf Jahre zuvor die Anthropologin Myra Mack auf offener Strasse erschossen. Die Menschenrechtlerin war den Militärs ein Dorn im Auge, weil sie Gräueltaten im Rahmen der Rücksiedlung von Bürgerkriegsvertriebenen aufgedeckt und angeprangert hatte. Menschenrechtsaktivisten jubeln noch über das Urteil, da werden wenige Tage später die Strafen im Mordverfahren Juan Gerardi in zweiter Instanz aufgehoben. Dem 75-jährigen Bischof waren im April 1998 in seinem Haus mit elf Schlägen eines Betonblocks Schädel und Gesicht zertrümmert worden. Er starb, wenige Tage nachdem er der Weltöffentlichkeit den unter seiner Leitung erstellten Wahrheitsbericht der katholischen Kirche „Nunca mas“ (Niemals mehr) in Guatemala City präsentiert hatte. Diese Kommission hatte Tausende Zeugen befragt und danach ein für die Militärs vernichtendes Urteil gefällt: Auf das Konto von Armee, Geheimdiensten und Paramilitärs gingen neun von zehn Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs. Für ein Zehntel sei die Guerillagruppe „Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas“ (URNG) verantwortlich.

Auf den Mord an dem Geistlichen folgt ein absurdes Spektakel. Die Polizei arretiert zunächst den altersschwachen, hüftkranken und fast zahnlosen Schäferhund Baloo: Er soll den Bischof tot gebissen haben. Darauf wird die Leiche exhumiert und nach Bissspuren untersucht. In der Hauptstadt kursieren Aufkleber mit der Forderung: „Freiheit für Baloo!“ Erst nach Monaten beginnen auf internationalem Druck hin ernsthafte Ermittlungen, an deren Ende dann die drei Militärs als mutmaßliche Mörder vor Gericht gestellt werden. „Die Aufhebung des Urteils ist traurig“, erklärt Carmen Aida Ibarra. Die Literaturdozentin arbeitet seit einigen Jahren für die Stiftung Myra Mack. Versteckt liegt die Menschenrechtsorganisation in einer Seitenstraße der Avenida Reforma in der Hauptstadt Guatemala City. Nach einem Anschlag auf eine Kollegin fürchten sich deren Mitarbeiter vor weiteren Attentaten. Kein Schild weist an dem Hochhaus auf die international bekannte Stiftung hin. Vor der Bürotür im dritten Stock stehen zwei mit Maschinenpistolen bewaffnete Wachmänner. Durch eine mehrfach gesicherte Tür betrete ich einen kleinen Vorraum. Durch einen kleinen Schlitz nehme ich Kontakt auf. Erst dann darf ich die dahinter liegenden Büros betreten. Ähnliches werde ich in den nächsten Wochen oft erleben. Aus Angst vor Anschlügen liegen die Büros von Organisationen der Gewerkschaftler, Menschenrechtsaktivisten oder Landarbeiter in der Hauptstadt ganz versteckt.

Die Literaturdozentin Carmen Aida Ibarra gibt sich als Realistin im Revolutionärslook. Die schwarzhaarige Frau trägt einen alten Parka, eine getönte Sonnenbrille aus den 70er Jahren und erklärt: „Es ist doch ein enormer Fortschritt, dass guatemaltekische Gerichte im Fall Myra Mack die Militärs wegen politischen Mordes zu langen Haftstrafen verurteilt haben.“ Gleichwohl bleibt sie mit ihren Reformervorstellungen bescheiden. Nach unserer blutigen Geschichte wäre es utopisch, schnelle Veränderungen der Gesellschaft zu erwarten. „Ich freue mich über jeden kleinen Fortschritt.“ Eine große Vision hält Ibarra für Guatemala nicht bereit: „Die ist mir abhanden gekommen.“

Einer von vielen Rückschlägen. Kurz vor dem Ende meiner Reise wird Antonio Pop Caal, ein populärerer Indioführer, Geistlicher und Rechtsanwalt, in der Nähe seiner Heimatstadt Coban ermordet aufgefunden. Einige Wochen zuvor war er entführt worden. Die Indioführer reagieren ungläubig auf die Behauptung der Polizei, es habe sich um eine „normale Entführung“ mit Lösegeldforderungen gehandelt. Die Aktion habe einen politischen Hintergrund, sagen die Vertreter der Indígenas. Der Mord falle in eine Phase, in der die Maya-Dörfer begannen, sich zu organisieren, sagt Rigoberta Teni, Mitglied eines Rates der Maya in der Provinz Alta Verapaz. „Pop war ein spiritueller Führer, dessen Familie überhaupt kein Geld gehabt hätte, um ein Lösegeld zu bezahlen.“ Der Mord an dem populären Pop, der als erster Rechtsanwalt des Landes die Sprache der Quiche sprach, ist in diesen Wochen kein Einzelfall. Mehrere Maya-Priester und Indioführer seien seit dem Sommer getötet worden, beklagt Rosalina Tuyuc, Führerin der Frauenorganisation Conavigua. „Die Opfer weisen oft brutale Verletzungen auf“. So fand man Manuel Garcia – ein Mitglied der Conavigua – bestialisch zugerichtet und enthauptet. Einige Indioführer erinnern sich angesichts dieser Ereignisse an Rios Montts Schreckensregime.

## 7. Standortbestimmung

Nach einigen Wochen und vielen Begegnungen werde ich immer unsicherer: Was heißt Fortschritt in einem Land wie Guatemala? Als Journalist bin ich stets auf der Suche nach klaren Trends. Doch mit dieser Einstellung, die meinen Berufsalltag in Deutschland prägt, scheitere ich hier. Meine Maßstäbe versagen, ich versuche mich fortan auf die Beobachtung zu beschränken. Beim Blick in Onlinezeitungen sehe ich, wie der ExportvizeWeltmeister Deutschland unter den Herausforderungen der Globalisierung ächzt und stöhnt und notwendige Reformen nicht in Gang kommen. Wie schwierig muss es dann erst für ein Land wie Guatemala sein? „Der 36-jährige Bür-

gerkrieg hat die sozialen und familiären Strukturen mehr zerstört, als der Zweite Weltkrieg in Deutschland“, sagt Magdalena Reuter. Bereits seit 1978 lebt die Deutsche in Guatemala City, heute arbeitet sie für die Konrad-Adenauer-Stiftung. Zudem ist Guatemala ein Staat, der in seiner 182-jährigen Geschichte nur kurze Zeit wirklich demokratisch regiert wurde, von 1945 bis 1954 und seit 1986. Es ist ein Land, dessen Entwicklung bis heute weitgehend Fremde bestimmen: früher die spanische Kolonialmacht, heute die Vereinigten Staaten. Kein guatemaltekischer Regierungschef konnte bisher dauerhaft eine Politik gegen die Interessen der Amerikaner betreiben. Welche Bedeutung die einzig verbliebene Weltmacht in ihrem „Hinterhof Mittelamerika“ hat, zeigt sich erneut beim Antritt des neuen US-Botschafters John R. Hamilton im November. Dem Ereignis widmet die Zeitung „Prensa Libre“ die drei ersten Seiten. Vorangegangen war eine wochenlange Vorberichterstattung.

## 8. Oktoberrevolution

Heute – am 20. Oktober 2002 – ist die Hölle los in Guatemala City. Offen äußern die Demonstranten ihren Unmut über die Vereinigten Staaten und den Weltkapitalismus. Delegationen der Gesundheits- und Transportarbeitergewerkschaft, der aus der Guerilla entstandenen Partei URNG, der Betriebsgewerkschaft von Coca Cola oder dem neuen Parteienbündnis der *Allianza Nueva Nacion* (ANN) ziehen zum „Plaza Mayor“, schwenken Fahnen und tragen Transparente. Sie zeigen Parolen gegen die Globalisierung, für die Einhaltung der guatemaltekischen Friedensverträge, gegen die neo-imperiale US-Politik und den Neoliberalismus; gleichzeitig bekunden sie Solidarität mit Irakern und Palästinensern. „Nieder mit Bush“, skandiert die Menge. Ein Demonstrant beschimpft mich als amerikanischen Hurensohn, geht auf mich los. Ich rette mich hinter eine Polizeiabsperrung. Auf dem Plaza Central der Vier-Millionen-Metropole wogt eine Menschenmenge. Böller krachen. Parolen werden durch Lautsprecher gebrüllt. Ladinós tragen Cowboylook mit Jeans und Stiefeln, Indígenas zeigen sich in bunten Trachten, Jugendliche tanzen auf Hip Hop und Techno-Musik, die sie mit Slogans wie „Es lebe die Revolution“ oder „Nieder mit dem Kapitalismus“ unterlegt haben. Immer wieder schallen Revolutionsparolen aus ihren Kehlen. Ein schnarrender Lautsprecher verstärkt sie. So feiern die Linken die Oktoberrevolution Guatemalas vom 20.10. 1944.

Damals hatten liberale Teile von Streitkräften, Kleinbürgertum und Intellektuellen dem Demokraten Juan José Arévalo ins Präsidentenamt verhol-

fen. Danach geht ein Ruck durch das Land. Der Philosophieprofessor kehrt aus seinem argentinischen Exil heim und startet ein Reformfeuerwerk: Seine Regierung führt Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein, erlaubt Gewerkschaften, entlässt die San Carlos Universität in die Unabhängigkeit. Arévalos Nachfolger, Jacóbo Arbenz, will energisch die feudalen Strukturen verändern, seine Regierung verabschiedet umfassende Agrarreformgesetze. Brach liegende Landflächen der Großgrundbesitzer sollen enteignet und landlosen Kleinbauern übergeben werden. Damit geht Arbenz als erster Regierungschef ein uraltes Grundproblem Guatemalas an, die ungerechte Landverteilung. Hauptbetroffener ist die United Fruit Company, ein Staat im Staate. Sie besitzt riesige Ländereien und kontrolliert das Transportwesen Guatemalas. Von den 225.000 ha des US-Früchtekonzerns liegen rund 85 Prozent brach. Arbenz enteignet daraufhin 162.000 ha. Das amerikanische Außenministerium startet, angestachelt von dem Unternehmen, eine internationale Hetzkampagne, denunziert Guatemala als kommunistisches Land. Wenig später initiiert der US-Geheimdienst CIA eine geheime Kommandoaktion, an deren Ende die Arbenz-Regierung stürzt. Der US-Verbündete Oberst Castillo Armas marschiert, unterstützt von amerikanischen Söldnern, von Honduras aus nach Guatemala ein. US-Piloten greifen die Hauptstadt aus der Luft an. Arbenz geht ins Exil. Der neue Machthaber Armas dreht das Rad der Geschichte zurück – hebt sämtliche demokratischen Errungenschaften auf.

„Durch den Umsturz wurde die Entwicklung Guatemalas zu einer modernen Gesellschaft gekappt“, sagen mir während meiner Reise europäische Diplomaten. Die Rolle der USA beschreiben sie kritisch. Erst hätten sie die Demokraten gestürzt, anschließend den Bürgerkrieg unterstützt. Alles unter der Parole, man wolle dem Kommunismus Einhalt gebieten. „Guatemala lebt heute in dieser schwierigen Situation, weil die Superdemokraten aus den USA jahrelang Militärdiktatoren toleriert haben,“ heißt es hinter vorgehaltener Hand. „Die Entwicklung hier wäre anders verlaufen, hätten sich die USA nicht eingemischt.“

Daran erinnern die Demonstranten am Nationalfeiertag, zwischen ihnen wuseln Händler, die Zuckerwatte, Maiskolben und Eis verkaufen, für zwei Quetzal „Shoe shining“ anbieten. Rund um den Nationalpalast sind Polizisten und Soldaten aufmarschiert. Trotz brennender Fahnen und tumultartiger Szenen schreiten sie nicht ein. Seit Jahren habe es erstmals bei der Revolutionsfeier keine Verletzten oder Toten gegeben, werden die Tageszeitungen am Tag darauf betonen.

Auf dem Nebenplatz ist der Lärm verhallt, hier spielen Musikgruppen; Schwindler verdienen an der Gutgläubigkeit der Leute. „Tröpfeln sie diese Flüssigkeit auf die Türschwelle, dann kommt kein böser Mensch mehr her-



ein,“ preist eine ältere Indianerin mit zerfurchtem Gesicht ihr Zauberelexier und hält eine Glasampulle hoch. Die stamme aus einem mexikanischen Dorf, dessen Namen sie nicht preisgeben will. Wenige Meter weiter lockt eine Wahrsagerin, modern angezogen im grauen Hosenanzug, die Augen mit einem roten Seidenschal verbunden. Um sie herum harren in einem Halbkreis rund einhundert Menschen der Geschehnisse. Wer eine Spielkarte aus dem Kartenspiel zieht, mit dem der Assistent durch das Publikum schlendert, erhält einen Einblick in seine Zukunft. Mit der Zeit wiederholen sich die Floskeln aus dem Mund der Wahrsagerin: „Sie streiten mit ihrem Mann – sie wenden einen schweren Schicksalsschlag ab – ein Familienmitglied wird in die Vereinigten Staaten auswandern – sie werden wohlhabend werden.“

## 9. Die chancenlose Jugend

In den Prophezeiungen der Wahrsagerin spiegeln sich die Sehnsüchte der Menschen. So wünschen sich viele Jugendliche nichts sehnlicher, als ein Leben in den USA.. „Hier haben wir doch kaum eine Chance“, sagt Augusto Sobén, ein 21-jähriger Student der Sozialwissenschaften. Ihn treffe ich an der Universität Quetzaltenago. Selbst die wenigen Jugendlichen, welche nach zwölf Jahren die Schulen regulär beenden, mit einer Qualifikation für die Uni, als Buchprüfer, Grundschullehrer oder Sekretärin, überfordern den Arbeitsmarkt. Insgesamt waren es im Jahr 2002 gerade einmal rund 57.000. Nur die Hälfte davon hat einen regulären Job ergattert. Daran wird sich so schnell nichts ändern, denn die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse steigt nur langsam. Für 2003 erwartet die guatemalteckische Sozialversicherung einen Anstieg um 23.000 auf 970.000 Stellen.

Juan hat die Hoffnung auf eine reguläre Arbeit aufgegeben. Ich treffe ihn in einer Metzgerei in San Pablo La Laguna, einem kleinen Dorf am Ufer des Atitlánsees. Scharen von Fliegen umschwirren die von der Decke baumelnden Schinken und die auf groben Holzbrettern liegenden Fleischstücke. Eine Kühlung gibt es nicht. Der 20-jährige hängt schon den ganzen Tag herum, hält Ausschau nach Kunden für die kleine Trommelfabrik seiner Familie und nach Ausländern, um seine Englischkenntnisse zu verbessern. Bereitwillig schildert er sein Leben und das seiner Altersgenossen. „Unsere Situation ist trist. Fast alle träumen von einem Leben in den USA.“ Ich begleite ihn in sein Elternhaus, einem einfachen Lehmhaus mit drei kleinen Zimmern. Außer einem Ofen und ein paar Matratzen gibt es keine Möbel. Soeben backt seine Mutter auf einem zerbeulten Alublech die Tortilla-Ration für die zeh-

köpfige Familie. Der Qualm steht im Haus, denn es hat keinen Abzug. In der Mitte des Wohn- und Arbeitsraumes stapeln sich Kaktusstämme, Lederhäute und Kordeln, dazwischen liegen fertige Trommeln. Ein kleiner Bruder Juans spielt darauf. „Zwei meiner Brüder sind schon in den Staaten“, erzählt Juan mit glänzenden Augen. „Die haben es geschafft.“ Allerdings mussten sie die Coyotes bezahlen, die sie illegal über Mexiko in die Staaten brachten. Über die Summe und seine eigenen Auswanderungspläne schweigt Juan lieber. Ungern redet er über aufgegriffene Migranten. „Klar kenne ich aus unserem Dorf Männer, die es nicht gepackt haben.“ Wenn Migranten an der mexikanischen oder US-Grenze ohne Einreiseerlaubnis entdeckt werden, landen sie meist wie Kriminelle im Arrest, bis sie abgeschoben werden. In aller Regel finden sie sich ohne Geld an der guatemaltekischen Grenze wieder. Immer schärfer werden die Grenzkontrollen. Das erhöht die Abhängigkeit der Migranten von den „Coyotes“ oder „Polleros“ und treibt die Preise für deren Dienste in die Höhe treibt.

Trotz Hindernissen schaffen viele den Weg in das „gelobte Land“, insgesamt sollen mehr als 1,5 Millionen Guatemalteken legal oder illegal in den USA leben; fast jeder fünfte Guatemalteke hält sich laut Schätzungen zumindest phasenweise dort auf. Ohne deren Überweisungen in die Heimat würde die guatemaltekische Wirtschaft wohl kollabieren. Vergangenes Jahr überstiegen die Transfers erstmals die Devisenerlöse aus dem traditionellen Exportschlager Kaffee. Im Schnitt schickt ein Guatemalteke 50 bis 300 Dollar monatlich nach Hause. „Dieses Geld lindert die Misere vieler Familien“, schreibt die Weltbank in einer Studie.

Die familiären Bande zwischen Migranten und Heimatdörfern bleibt meist eng. Davon profitieren Orte wie Olintepeque. Dessen Verwaltungschef, Jose Luis Ramirez, zeigt mir bei einem Dorfrundgang stolz zwei Bauhöfe. „Die gibt es hier nur, weil die Auslandsguatemalteken regelmäßig Geld überweisen. Das schafft hier vor Ort Arbeitsplätze“, sagt der 41-jährige Vater von drei Kindern sichtlich angetan. Entlang der Gassen stehen einige neue Häuser, teils unbewohnt, weil die Eigentümer erst in ein paar Jahren zurückkehren werden. Gerne führt Ramirez Fremde durch die Stadt, die als eine der ersten von dem spanischen Konquistador Pedro de Alvarado erobert wurde. Damals besiegten siebenhundert Spanier mit Pferden und Gewehren eine Armee von dreißigtausend Maya-K'iche's unter Führung des legendären Mayahelden Tecún Umán.

„Die Zeit des Bürgerkrieg verlief für uns relativ glimpflich“, sagt der Verwaltungschef, der Ort habe sich neutral verhalten. Allerdings sei es wie überall im Land auch hier zu Zwangsrekrutierungen gekommen. - Wir schlendern kurz vor Sonnenuntergang durch die Strassen, vorbei an kleinen Läden und Garküchen, dann treffen wir eine Gruppe Männer. „Wir protes-

tieren für eine bessere Elektrizitätsversorgung,“ sagt deren Sprecher. Hier in Olintepeque regiert ein Zivilkomitee. Bürgermeister ist Theodoré Garcia Oxtaj, ein Indio und Eisfabrikant. Bei seinen Visionen orientiert sich der Dorfverantwortliche an der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre, deren sozialistische Gemeinderegierung durch die Einbeziehung der Bevölkerung in Entscheidungen weltweit bekannt geworden ist. Ein Komitee habe bereits einen Masterplan für die Stadtentwicklung Olintepeque's aufgestellt. Bis zum Jahr 2012 sollen durch eine Vielzahl Maßnahmen die Lebensbedingungen deutlich angehoben werden. „Unsere Kinder sollen später hier bleiben können“, wünscht sich Ramirez, der zur Zeit kaum eine Perspektive für die Jugendlichen sieht. Viele wanderten schon mit 16 Jahren aus. Und dann erzählt er nachdenklich von einem Jungen aus dem Dorf, der es vor kurzem in die USA schaffte, dann aber vor einigen Tagen bei der Arbeit dort erschossen wurde. Die Nachricht habe sich in Windeseile hier herumgesprochen. „Aber dies wird niemanden von seinen Auswanderungsplänen abbringen.“

Die Migranten bringen Ballast mit. „Sie transportierten den US-Einfluss“, meint Ramirez. Die Konsumgewohnheiten der Menschen änderten sich unübersehbar. Tatsächlich sprießen an vielen Orten Filialen von McDonalds wie Pilze aus dem Boden. Noch im tiefsten Dschungel oder in entlegensten Hochlanddörfern gibt es rot-weiße oder blau-weiße Hauswände, bemalt mit den Markeninsignien von Coca Cola und Pepsi Cola. Und als Vorzeigeunternehmen des Landes gilt „Pollo Campero“, eine Fastfoodkette auf Hähnchenbasis. Ramirez stimmt diese Entwicklung nachdenklich: „Wo bleibt unsere eigene Kultur?“ Und zwischen Familien, welche Geld von Verwandten erhalten, und denen, die auf ihre guatemalteckischen Löhne angewiesen seien, tue sich eine Kluft auf. Dies zeige sich gerade jetzt in den Weihnachtstagen, da es fast alle Gastarbeiter in die Heimat ziehe.

Schon frühzeitig sind alle Flüge über die Weihnachtszeit aus den Staaten nach Guatemala City ausgebuht. Menschenmengen empfangen Abend für Abend an dem Airport „La Aurora“ Verwandte. Geduldig warten sie oft stundenlang auf der Empore oder vor dem Terminal bis sich Väter, Brüder oder Schwestern, beladen mit Kofferbergen, den Weg durch den einzigen Ausgang bahnen.

## 10. Reichtum für Wenige

Guatemala ist ein reiches Land. Mais- und Kartoffeläcker ziehen sich im kühlen Hochland bis an die Bergspitzen. In den feucht-warmen tropischen Ebenen am Pazifik und an der Karibik gibt es weitläufige Bananen- und Zu-

ckerrohrplantagen. Im Dschungel ernten Gummisammler Kautschuk. Doch jeder vierte Guatemalteke ist laut Weltgesundheitsorganisation WHO mangelernährt, jedes vierte Kind unter fünf Jahren leidet an Untergewicht. Als ich den überquellenden Markt von Almolonga im Hochland besuche, kann ich mir dies nur schwer vorstellen. Hier gibt es Gemüse im Überfluss, die traditionell gekleideten Indiofrauen sitzen neben Bergen von Salat, Mais oder Bananen. Kistenweise wechseln diese den Besitzer, werden auf Lkws verladen, die in die Metropolen Mittelamerikas fahren. Aufgrund thermischer Aktivitäten ist der Boden rund um das angeblich reichste Dorf Mittelamerikas sehr fruchtbar, überall gibt es kleine Felder mit Bruchsteinumrandungen. Auch sonst ist das Land von der Natur reich bedacht worden. Es besitzt Vorkommen von Öl, Eisenerz, Kupfer, Blei, Zink und Antimon, sowie viele Flüsse oder Seen, die für Wasserkraft genutzt werden könnten.

Doch die Mehrheit der Bevölkerung lebt bescheiden. Mütter tischen ihren Familien tagtäglich nichts anderes als Eier, Tortilla oder Bohnen auf. An Festtagen reicht es gerade einmal für ein Hähnchen. Rund zwei Drittel der Menschen verdienen nur etwa einen Dollar am Tag bei hohen Lebenshaltungskosten. Familien fehlt das Geld für den Schulbesuch ihrer Kinder. Der ist frei, doch Transport, Bücher und Schuluniformen kosten Geld. Viele Eltern können zudem nicht auf die Arbeitskraft ihrer Kinder verzichten. So schicken sie ihre Töchter und Söhne durchschnittlich nur drei Jahre zur Schule. Danach verdingen diese sich als Feldarbeiter oder Schuhputzer.

Trotz Schulpflicht liegt die Analphabetenquote bei etwa 40 Prozent, wobei der Anteil unter der indigenen Bevölkerung in abseits gelegenen Gebieten wesentlich höher ist. Die Konsequenzen hat eindringlich die Indígena Rigoberta Menchú beschrieben, die 1992 den Friedensnobelpreis erhielt. Spät erst lernte sie Lesen und Schreiben, später noch Spanisch. Ohne die Sprache der ehemaligen Kolonialmacht sind die in 21 Stämme aufgesplitteten Indios untereinander sprachlos. Schon bei einem Wechsel von einem ins andere Dorf endet oft die Verständigung. Dies isoliert die Menschen und erschwert die politische Einigung der Indígenas enorm. Kein Wunder, sagen Experten, dass die Indiomehrheit weiter von der Ladinominderheit regiert wird, trotz demokratischer Wahlen. Mitverantwortlich ist der Teufelskreis der Unbildung.

Auf meinen Fahrten durch das Land sehe ich an vielen Stellen bunt bemalte Steine und Felswände, überpinselt mit den Emblemen der Parteien, wie den drei hochgestreckten Fingern der FRG oder der Friedenstaube der PAN. „Viele Menschen erinnern sich in der Wahlkabine dann nur an das Emblem, und wählen die Gruppierung ohne eine Ahnung von den Positionen der Parteien zu haben,“ sagt Martinez. Und selbst wer lesen kann, wird von den Medien oft für dumm verkauft, beispielsweise, wenn in einer

Umfrage die Wahlchancen von Oscar Berger und Alvaro Arzú verglichen werden. Kein Wunder, dass Berger die Nase vorne hat, schließlich hat sich der ehemaligen Regierungschef Arzú längst von der politischen Bühne verabschiedet.

300 Familien beherrschen seit Generationen das Land. Sie bilden den Kontrast zur armen Bevölkerungsmehrheit. Die Reichen leben in Luxus hinter hochgesicherten Mauern. Zum Einkauf geht es mit dem Flieger nach Miami – dem Paris der Mittelamerikaner. Guatemala steht mit Südafrika, Brasilien, Paraguay und Panama an der Spitze der Länder, in denen die größte Ungleichheit bei der Einkommensverteilung herrscht. Doch diese Ungerechtigkeit hat ihren Preis. Die reichen Familien müssen mittlerweile eine private Sicherheitsmannschaft von hundert und mehr Leuten unterhalten, erzählt mir ein Diplomat vertraulich. Auf diese Weise schützen sie sich vor Entführungen. In Guatemala werden jährlich rund eine Milliarde Quetzal für den privaten Schutz ausgegeben, mehr als 30.000 Privatpolizisten sind im Einsatz. Eine Reihe von Frauen der Oberschicht hat sich in der Gruppe Madres Angustiadas (Mütter der Angst) zusammengeschlossen. Weil Banditen schwer an Reiche herankommen, kidnappen sie immer häufiger Bürger aus dem Mittelstand, wie die Freundinnen von Elizabeth. Über deren Schicksal berichtet mir die 31-jährige Personalsachbearbeiterin am Atitlánsee, wo ich sie kennen lerne. „Vergangenes Jahr sind drei meiner besten Freundinnen entführt worden. Die Familien haben erst nach Monaten das Lösegeld aufbringen können. An die Polizei hat sich keine gewendet. Warum auch, schließlich sind die Sicherheitskräfte selbst häufig in Verbrechen verwickelt.“ Ein UN-Diplomat erzählt mir, wie Polizisten seiner Sekretärin bei einer Verkehrskontrolle Handy und Portemonnaie klauten.

Das Gefühl der Angst, Verunsicherung und Schutzlosigkeit ist allgegenwärtig in Guatemala. Deshalb versucht die Bevölkerung sich selbst zu helfen. Die Gegenwehr reicht von nachbarschaftlichen Selbstverteidigungsgruppen bis hin zur Selbstjustiz. Der Zusammenhang zwischen Armut und Kriminalität ist offensichtlich, doch die Habenden wehren sich heftig gegen höhere Abgaben. Deshalb fehlt der Regierung Geld für umfassende Reformen mit denen die Kriminalitätsursachen bekämpft, die große Armut überwunden werden könnte. Selbst die Organisationen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die ansonsten für niedrigere Staatsausgaben plädieren, fordern eine Steuerquote von mindestens zwölf Prozent für Guatemala. Mit „Demut aber Befriedigung“ gibt Präsident Portillo bei einer internationalen Geberkonferenz für Guatemala bekannt, die Steuerquote habe die „historische Grenze von zehn Prozent“ überschritten. Allerdings verschweigt er, dass seine Regierung dies nur durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer erreicht hat, die bekanntlich hauptsächlich von den ökonomisch schwächeren Bevölkerungsgruppen getragen werden muss.

Doch die ungleiche Einkommensverteilung hat sich nicht verändert. Heute verfügt das Fünftel der Ärmsten nur über einen Anteil von 2,1 Prozent am Volkseinkommen, das reichste Fünftel vereinnahmt dagegen mehr als 60 Prozent für sich. Im UN-Index der menschlichen Entwicklung landet Guatemala auf Rang 108 von 162 Nationen; in Lateinamerika rangiert dahinter nur noch Haiti auf Position 134.

Nur die Hälfte der guatemalteckischen Bevölkerung hat Zugang zu Medikamenten. Viele Familien können sich einen Arztbesuch kaum leisten. „Dafür bezahle ich 100 bis 150 Quetzal, hinzu kommen noch die Medikamente“, erzählt mir der dreifache Vater Hugo Sanchez, der als Grundschullehrer monatlich rund 1.500 Quetzal (rund 190 Euro) verdient. „Wegen der fehlenden Bildung wird die Armut von einer Generation zur nächsten Generation vererbt“, beklagt der Wissenschaftler Gabriel Aguielera Peralta. Und die Schere zwischen den Reichen und Armen öffnet sich weiter. In Guatemala bekommen die Menschen immer mehr, die ohnehin schon viel haben, kritisiert der Bischof von San Marcos, Alvaro Ramazzini. Der Kämpfer für die Armen zieht ein nüchternes Fazit: „Guatemala ist eine Klassengesellschaft, wo Menschen fundamental diskriminiert werden.“ So ist das Land sechs Jahre nach Unterzeichnung der Friedensverträge noch weit von einer Lösung seiner sozialen Probleme entfernt.

„Wir leben hier auf einem sozialen Vulkan, der täglich ausbrechen kann“, meint Hernandez, rechte Hand des Indiobürgermeisters von Quetzaltenango, der zweitgrößten Stadt Guatemalas mit rund 150.000 Einwohnern. Seiner Meinung nach gleicht das Land eher einer Vorkriegs- als einer Nachkriegsgesellschaft. Chancen für den Nachwuchs sieht er kaum. Ich sitze dem Mitdreißiger in seinem kleinen Büro in der Altstadt Quetzaltenangos gegenüber, das Radio spielt traditionelle Marimbamusik. Zwei düstere Szenarien zeichnet er für Guatemala: den kolumbianischen Weg mit steigender Drogenkriminalität und Unregierbarkeit oder den argentinischen Weg, mit einem Zerfall der Wirtschaft und hungernden Menschen.

## 11. Endstation Straße

Viele Menschen leben, arbeiten oder betteln auf den Straßen des Molochs Guatemala City. Da ist das junge Mädchen mit asiatischen Gesichtszügen: Sie schwingt Ketten mit Gewichten, dazu tanzt und singt sie. Ihre Bühne, eine riesige Straßenkreuzung im Stadtzentrum während der Hauptverkehrszeit, die Auftrittslänge wird bestimmt vom Ampeltakt. Bevor das Signal auf Grün springt, läuft sie an den dunkel getönten Autoscheiben vorbei, bittet

um Geld. Diesmal surrt keine Scheibe herunter. Wenn sie einander überhaupt begegnen, dann treffen Reiche und Arme dieses Landes wohl in den Straßen aufeinander, wie in dem Ausgehviertel von Guatemala City, der „Zona Viva“. Wenn am Freitagabend die Sprösslinge reicher Familien die abgeschirmten Villenviertel an den umliegenden Berghängen mit den Porsche, Mercedes oder Volvo ihrer Väter verlassen und in das Amüsierviertel rollen, begegnen sie unzähligen Armen wie dem 52-jährigen Autoeinweiser Amoroso, dessen Revier gegenüber einem Luxushotel und neben mehreren Bars liegt. Amoroso hinkt an der Straße entlang. Nachts, so erzählt er mir, schlafe er in einem Rohbau um die Ecke. Arbeiten müssen in Guatemala außer den Reichen alle Menschen. Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe: Das klingt für die Menschen hier wie ein Märchen aus 1001 Nacht. Die großen Ausfallstraßen säumen Verkäufer für Taschentücher, Getränke; der neueste Hit sind Handytaschen. Dabei mischen sich unter die Guatemalteken viele Menschen aus Nicaragua. Dort sei die Situation noch dramatischer, höre ich.

Für viele Guatemalteken gleicht das Leben einem täglichen Überlebenskampf. Doch obwohl viele mehrere Jobs mit langen, unregelmäßigen Arbeitszeiten haben, nehmen sie sich noch Zeit für ehrenamtliche Engagements. Maria, eine Lehrerin, hat in ihrem Heimatdorf in der Nähe Antiguas ein Projekt ins Leben gerufen, um kleinen Mädchen den Schulbesuch zu ermöglichen. Gerade erst hat als erstes von fünf Kindern einer Nachbarsfamilie deren zweitjüngste Tochter die sechsjährige Grundschule abgeschlossen. Ein Triumph für Maria! Oder Pedro: Der 22-jährige studiert Medizin, in seiner Freizeit geht er in die Dörfer rund um Quetzaltenango und bringt den Menschen Schreiben und Lesen bei. Oder Hugo: Obwohl er als Grundschul- und Sprachlehrer sowie Marimbamusiker sieben Tage die Woche arbeitet, um seine vierköpfige Familie zu ernähren, engagiert er sich in einem Programm für Gesundheitsaufklärung.

## 12. Die ungelöste Landfrage

Die Landfrage harrt einer Lösung: neun Zehntel der Agrarfläche gehören zwei Prozent der Bevölkerung. Diese Konzentration in den Händen weniger Familien ist in vielen Fällen durch Landraub und politische Zwangsmaßnahmen zustande gekommen. In der Vergangenheit wurden ganze Mayage-meinden enteignet. Deshalb ist bis heute eine halbe Million Bauernfamilien landlos. Doch bis heute stoßen Regierungen auf erbitterten Widerstand, wenn sie diese Besitzverteilung antasten. So scheitert kurz vor meiner Einreise die

von der Regierung Portillo anvisierte Einführung einer progressiven Landsteuer. Sie sollte die Großgrundbesitzer dazu anregen, brach liegendes Land zu verkaufen. „Sechs Jahre nach der Unterzeichnung der Friedensverträge fragen sich viele Menschen brennend, wie lange sie noch auf einen Frieden ohne Hunger warten müssen“, sagt Ursula Roldan von der Interdiözesanen Landpastoral in Quetzaltenango.

Immer wieder protestieren die Campesinos: Alleine 60 Fincas halten die Landarbeiter Ende 2002 besetzt, bewirtschaften sie gemeinschaftlich. „Viele Menschen sind verzweifelt“, sagt Daniel Pascual, Koordinator der Landarbeiter- und Indígenaorganisation CONIC. Es werde wohl mehr Konfrontation in den ländlichen Gebieten geben, kündigt er mir während unseres Gesprächs Anfang Oktober an. Wenige Wochen später ist es tatsächlich soweit, landesweit demonstrieren rund 20.000 Campesinos, sie sperren an acht Stellen Überlandstraßen und Grenzübergänge nach El Salvador, Mexiko und Honduras. Die in den Medien angekündigte Aktion verläuft friedlich. Der Protest richtet sich nicht nur gegen die ungerechte Landverteilung, sondern auch gegen die geplante Freihandelszone, die sich nach den Plänen mittelamerikanischer Regierungen vom mexikanischen Puebla bis nach Panama erstrecken soll. Dazu Daniel Pascual: „Nach einer Umsetzung des Plan Puebla Panama wird sich die angespannte Lage der guatemaltekischen Kleinbauern weiter verschlechtern. Wie sollen sie denn mit den Großfarmern aus den USA konkurrieren?“, fragt er mich, während er die Krise der guatemaltekischen Landwirtschaft schildert, die Begleiterscheinungen: Massentlassungen von Saisonarbeitern auf den Kaffee- und Zuckerrohrplantagen. Daniel forderte den weiteren Ankauf von Land durch die Regierung und Finanzhilfen für Landlose. Wir führen das Gespräch auf einem Betondach unter einer schwarzen Plastikplane im Zentrum der Hauptstadt.

Doch die Regierung startet kein Hilfsprogramm für die Landwirtschaft. Daraufhin organisiert Pascual mit seiner Mannschaft im November einen Protestmarsch in die Hauptstadt. Fünf Stunden lang legen die Landarbeiter die Metropole lahm, Tausende ziehen durch die Strassen zum Nationalpalast des Präsidenten. Lautstark schreien sie Parolen, wie „Landarbeiter ohne Erde, sind Landarbeiter ohne Frieden“, „Für die Mutter Erde, der Kampf siegt“ oder „Männer und Frauen, gemeinsam zur Macht“. Ihre Wortführer fordern ein Gesetz zur Lösung der Agrarkrise – wie schon ihre Eltern, Großeltern und Urahnen.



### 13. Die allgegenwärtige Unsicherheit und Gewalt

Ich selbst empfinde das Leben in Guatemala City oft als einen Überlebenskampf. Bereits die Überquerung einer Straße erweist sich bisweilen als unmöglich, weil es keine Fußgängerampeln gibt und die Autos, wie in einem reißenden Strom vorbei rasen. Einmal warte ich eine halbe Stunde auf einem Mittelstreifen, komme weder vor noch zurück. Und die Frage der Fortbewegung erfordert ein genaues Abwägen. Jeden Tag werden nach Polizeiangaben rund 50 Stadtbusse überfallen. Auch beim Taxifahren ist höchste Vorsicht angebracht, weil auf den Straßen der Hauptstadt etwa 300 Phantasmotaxis unterwegs sind. Wer ein Taxi an der Straße anhält, läuft somit Gefahr, beraubt am Stadtrand ausgeladen zu werden. „Sie zerstören unsere Geschäftsgrundlage“, schimpft der Taxifahrer Balthasar, nachdem ich mir, mittlerweile misstrauisch, seine Lizenz habe zeigen lassen. Und die Gewalt zerfrisst auch die Geschäftsgrundlage vieler Händler, Hoteliers oder Barbesitzer in der Innenstadt. Das Zentrum der Stadt, die Zona 1, leert sich vor Anbruch der Dunkelheit rasant, so groß ist die Angst vor Überfällen. In der Weihnachtszeit startet die Regierung eine medienträchtige Sicherheits-offensive für das Stadtzentrum. Durch ein massives Polizeiaufgebot werden die Banden während der Adventszeit aus dem Hauptgeschäftsviertel vertrieben.

Direkt vor meinem Apartmenthaus in der Zona Viva wird am 16. Oktober der Großgrundbesitzer Jorge Rafael Caballeros mit seinen Begleitern erschossen. Am gleichen Tag sterben im Stadtzentrum vier Straßenkinder eines gewaltsamen Todes. Das traurige Fazit der Woche vom 14. bis 21. Oktober 2002 lautet 38 Morde. Davon rechnet die Polizei 13 dem organisierten Verbrechen zu, acht Bandenkriegen und 17 auf normale Überfälle. Und die Gewalt macht vor der Politik keinen Halt. So wird Tomás Ayala ermordet, der die Steuerbehörde aufgebaut hat.

Angeblich wohne ich in einem der sichersten Viertel der Stadt, doch auch hier stehen abends vor den Kneipen und Geschäften private Wachmänner mit Maschinengewehren. Abends bin ich oft der einzige Fußgänger. In einem italienischen Restaurant befestigt der Ober Handtaschen mit Ketten am Stuhl, damit sie kein Dieb wegreißen kann. Ich bemühe mich, möglichst vor Anbruch der Nacht im Hotel zu sein. Wenn ich unterwegs bin, trage ich keine Armbanduhr oder Jacke. „Hier werden Menschen bereits wegen eines Handys ermordet, wie der Popmusiker Ricardo Andrade vergangene Woche“, erzählt mir ein Bekannter, der selbst kürzlich angesichts eines vorgehaltenen Revolvers dem Räuber Handy und Bargeld aushändigte. Die Gewaltspirale dreht sich. Als Hauptursache dafür sehen die Behörden die Kämpfe zwischen den rund 300 rivalisierenden Straßenbanden des Landes oder Streitig-

keiten innerhalb der Drogenmafia an. Die Gewalt macht auch vor Touristen nicht halt. Im November wird bei einem Überfall auf einen Minibus eine Österreicherin erschossen. Kurz darauf ermorden Banditen zwei mexikanische Touristen. Ein erneuter Schock für die Tourismusbranche des Landes, die ohnehin daran leidet, dass bereits vor zwei Jahren das amerikanische Außenministerium eindringlich vor Reisen nach Guatemala gewarnt hatte. Seitdem kommen immer weniger US-Bürger hierher. Selbst in der durch die Touristenpolizei gut bewachten Touristenhochburg, der alten Hauptstadt Antigua, haben viele Cafés, Hotels und Sprachschulen schließen müssen. Auf den aktiven Vulkan Pacaya, einen Touristenmagnet, klettert nach einer Serie von Überfällen kaum jemand mehr ohne die Begleitung von bewaffneten Polizisten. Kurz vor meinem Aufstieg wird eine Touristengruppe trotz Schutzgruppe bis auf die Unterhose ausgeraubt.

#### **14. Die Front zwischen Unternehmern und Regierung**

Gewiss sei Guatemala kein Land für den Massentourismus, erklärt Johannes Hauser, Geschäftsführer der Deutsch-Regionalen Industrie- und Handelskammer für Zentralamerika und die Karibik. Noch seien die Preise hoch, seien die touristische Infrastruktur und der Service mangelhaft. „Politisch ist zudem kein Land in Mittelamerika so desolat wie Guatemala“, sagt Hauser, „das Verhältnis zwischen der Privatwirtschaft und der Regierung Portillo ist völlig zerstört.“ Als im Oktober eine Delegation hochrangiger guatemalteki-scher Wirtschaftsführer mit einer kleinen Propellermaschine abstürzt, wird in den Medien über einen Anschlag der Sicherheitskräfte spekuliert. Wie zerrüttet das Verhältnis zwischen Unternehmern und Regierung ist, zeigt sich, als der mächtige Unternehmerverband CACIF im Herbst zu einem Kaufboykott der Eurobonds aufruft. Mit den Erlösen will die Regierung Portillo die in den Friedensverträgen verankerte Reduzierung des Heeres und einen Abbau der Staatsverschuldung finanzieren. Dadurch würden allerdings die moderaten Auslandsschulden deutlich ansteigen, weshalb Wirtschaftsexperten die Ausgabe der Bonds ablehnen. Sie warnen vor einer schweren Hypothek für die Entwicklung des Landes, dessen Wirtschaftskraft für die Rückzahlung unzureichend sei.

Doch die Regierung zieht ihr Vorhaben auf eine für Guatemala typische Weise durch. Als der Verkauf schleppend verläuft, muss die guatemalteki-sche Rentenversicherung einen Großteil der Bonds aufkaufen. Den Ausschlag dafür geben in ihren Gremien die Vertreter der Regierungspartei FRG. Tags darauf demonstrieren wütende Rentner gegen diesen Kauf, sie

fürchten um ihre Pensionen. Ob zu Recht, das wird von der Wirtschaftsentwicklung des Landes abhängen. Eines ist jedoch heute schon klar, in jedem Fall werden die Kassen der nächsten Regierung knapp gefüllt sein. Denn bereits bevor die FRG die Verschuldung durch die Ausgabe der Eurobonds deutlich in die Höhe treibt, rollte unter der Vorgängerregierung der PAN eine breite Privatisierungswelle durch das Land. Ausverkauft und verschuldet, so sieht die Zukunft aus.

## 15. Hieronymos Traum

Der Kaffeebauer Hieronymos tritt nervös von einem Fuß auf den anderen. Auf diesen Tag hin hat er seit einem Jahr gearbeitet. Er begann mit den schützenden Hecken, die er um seine Kaffeefelder zog. Dann bekämpfte er die Erosion der Erde und verzichtete auf Pestizide. Heute Morgen wartet Hieronymos mit einem guten Dutzend anderer Kleinbauern der Cooperative Fedepma in einem Versammlungsraum auf. Aldo Lopez, der als Mitarbeiter der Certificadora Maya de Productor Ecologicos organischen Kaffee zertifiziert. Endlich kommt Lopez – gemeinsam fahren wir mit dem Jeep heraus aus Santiago Atitlan in die Berge. Dort liegen Hieronymos Felder. Auf der Vulkanerde wächst ein hochwertiger Kaffee. Die Bedingungen sind ideal für die Kaffeesträucher, die im Schatten von Avocadobäumen gedeihen. Das ganze Jahr über scheint die Sonne. Zudem herrscht hier in der Höhenlage von mehr als 1.500 Metern ein mildes Klima. Mit seinen verhornten Händen pflückt Hieronymos einige roten Kaffeekirschen, von denen seine Familie Jahrzehnte auskömmlich lebte, bis der Preis für Rohkaffee an den Kaffeebörsen in New York so tief sank, dass die Kosten für Dünger, Wasser und Schädlingsbekämpfungsmittel höher waren als der Erlös. Da ging vielen guatemaltekischen Kaffeebauern die Luft aus.

Gegen die asiatische Billigkonkurrenz ist er mit konventionellen Anbaumethoden machtlos, lernt Hieronymos schmerzvoll seine Lektion von der Globalisierung. Ohnehin hat nur der Hochlandkaffee wegen seiner besonderen Qualität auf dem Weltmarkt eine Chance. Verheerend ist die Lage der Kaffeepflanzer in den niedrigeren Regionen des Landes. Hier wächst Kaffee geringerer Qualität zu Produktionskosten, die die Bauern auf dem Weltmarkt wohl niemals mehr Erlösen können.

Seit einigen Jahren verkauft die Kooperative Fedepma Kaffee an Transfair – eine Organisation, die in Deutschland „fair gehandelten“ Kaffee in die Geschäfte bringt. Doch die Menge, die auf diesem Wege abgesetzt wird, reiche keinesfalls, um die Verluste aus dem traditionellen Geschäft kompensieren

zu können, erzählt Hieronymos. Die Vietnamesen haben den Guatemalten in diesem Geschäftsfeld Weltmarktanteile abgejagt. Unterstützt von der Weltbank legten sie riesige Kaffeeplantagen an. Innerhalb eines Jahrzehnt ist Vietnam nächst Brasilien zum weltweit zweitgrößten Kaffeeexporteur aufgestiegen. Derweil nahm der Kaffeekonsum weltweit langsamer zu, als die Strategen der internationalen Organisationen prognostiziert haben. Zurück bleiben riesige Kaffeehalden, die niemand kaufen wird. Das drückt den Preis. Dazu Daniel Pascual von der Landarbeiterorganisation Conic: „Allein in Guatemala sind eine Million Menschen von der Kaffeekrise betroffen, vor allem Kleinbauern und Erntehelfer.“

Unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit ist der Mindestlohn von täglich etwa fünf Euro auf vielen Fincas sogar unter das von der Regierung festgesetzte Maß gesunken. Also werden sich wohl noch mehr Frauen, Männer und Kinder auf den Weg nach Guatemala City aufmachen, um dort Schuhe zu putzen, Zigaretten zu verkaufen, zu betteln, zu stehlen oder im Müll zu wühlen. Für Hieronymos ist diese Vorstellung ein Alptraum. Deshalb hofft er inständig auf den Erfolg des „organischen Kaffeesiegels“. Erhält er es für seine Testfelder, dann will er voll und ganz auf die Produktion von biologisch produziertem Kaffee umsatteln. Dann könnte er einen Sack für rund 125 Dollar verkaufen: Das wäre fast das Dreifache des jetzigen Preises, rechnet er mir vor. Der heutige Verkaufserlös decke nicht einmal die halben Produktionskosten eines Kleinbauern“, sagt Ingenieur Francisco Rojas, der die 350 in der Kooperative zusammengeschlossenen Landwirte berät und das organische Kaffeeprojekt ins Leben gerufen hat.

Doch Hieronymos wird sich gedulden müssen, bis sein Traum in Erfüllung geht. Heute erhält er von dem Kaffeeexperten Lopez erst einmal weitere Tipps. Der Ingenieur buddelt mit den Händen in der Erde, untersucht Bodenbeschaffenheit und Wurzeln der auf Terrassen wachsenden Kaffeesträucher auf Erosions- und Pestizidspuren. Sorgfältig erkundet er, wie die Nachbarfelder bearbeitet werden. Frühestens in ein paar Monaten, wenn ein zweiter Kontrolleur die Kaffeefelder untersuchen wird, kann Hieronymos das begehrte Siegel erhalten. „Doch dafür stehen die Chancen gut,“ sagt Lopez, der die Arbeit des Kleinbauern lobt. Dagegen könnte die Arbeit von Anathasis, einem anderen Kleinbauern umsonst gewesen sein. Dessen winziges Kaffeefeld erreichen wir nach einer halben Stunde Fußmarsch. Nur zehn Kaffeesträucher stehen auf der kleinen Parzelle, umgeben von Mais- und Getreidefeldern, auf denen andere Bauern – wie gewohnt – reichlich Pestizide versprühen. „Er hat keine Chance,“ erklärt der Kaffeeinspektor, der wenig Ermessensspielraum hat. Die strengen Kriterien für die Zertifizierung haben die europäischen Verbände festgelegt.

## 16. Die Geburt Jesu

Diese Nacht mache ich kein Auge zu. Mich quält Marimbamusik; immer wieder dieselben vier Takte. Man kann nicht „vorbeihören“. Es klingt wie eine Schallplatte mit einem Kratzer. Müde suche ich am nächsten Morgen die Lärmquelle. Zwei Blocks weiter entfernt finde ich sie unter einer Veranda vor einem Holzhaus. Hinter einer Marimba – die einem Xylophon ähnelt – stehen drei männliche Gestalten in Jeans, Strickpullover und Cowboyhut. Das Trio hält sich kaum noch auf den Beinen, ich blicke in glasige Augen, sehe eine Menge leerer Flaschen. Und immer noch wiederholen die drei Männer mit ihren sechs Holzhämmern unaufhörlich dieselbe Melodie. Über dem Instrument baumelt ein Mikrofon, angeschlossen an einen Lautsprecher auf dem Dach. So wird das ganze Dorf bespielt. Im Haus tanzen fünf alte Indiofrauen. Eine hält eine Schnapsflasche in der Hand. Alte Männer liegen an den Zimmerseiten in Hängematten. Auf meine Frage nach der Bedeutung des Lärms bekomme ich lallende Antworten ohne Sinn. Eine Nachbarin erklärt mir: „Sie feiern die Geburt des Jesuskindes“, erklärt sie. „Jedes Jahr kommt Christus in Nebaj in einem anderen Haus auf die Welt. Dessen Bewohner feiern dann zwei Tage lang mit Verwandten und Nachbarn.“

Szenenwechsel: Auf einem großen Friedhof beobachte ich, wie ein Mann auf einem Grab einen Hahn opfert. Zuerst schneidet er dem Tier mit einem Messer die Kehle durch, dann verbrennt er es gemeinsam mit duftenden Kräutern. Die alten Indioökulte vermischen sich in Guatemala vielfältig mit christlichen Riten. Während die europäischen Eroberer und Einwanderer in den meisten Ländern des amerikanischen Kontinents die Urbevölkerung ausrotteten oder in die Kultur der Weißen eingliederten, überdauerte in dem Guatemala die Mayakultur mehr als 500 Jahre gewaltsame Unterdrückung. Die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú erwartet, dass sie fortbestehen wird: Sie werde auch in Zukunft existieren mit ihren religiösen Praktiken, ihrer Vision von der Mutter Erde, ihrem Gemeinwesen und ihren Bildungsmethoden. Die Mehrheit der Maya praktiziere diese Riten im Alltag. Sie trage die wahrhaftigen Elemente der Mayakultur im Blut, in ihrem Wesen, in ihren Hoffnungen. In den ersten Novembertagen wird vielerorts daran erinnert, dass die Menschenrechtlerin Menchú vor zehn Jahren den Friedensnobelpreis erhielt. Gestern war sie in San Pedro Jocopilas, heute spricht sie auf dem Hauptplatz von Quetzaltenango. Dort erinnert sie an den Kampf der Indígenas um die Erde und die schmerzvolle Zeit des Bürgerkriegs, sie verurteilt die Welle der Gewalt, die über das Land rollt.

## 17. Der heilige Mafioso

Eine Indiofrau schreit, schimpft und tobt vor einer mannsgroßen Holzfigur herum. „Meine Nachbarin ist eine Hexe, schütze mich vor ihr“, fleht sie den Heiligen San Simon an, während sie ihm Geldscheine in den Schoß legt. Mit Nadelstreifenanzug, weißem Hemd, Sonnenbrille und schwarzen Hut erinnert die Holzfigur eher an einen Mafioso, als an einen Heiligen. San Simon, auch Maximon genannt, sitzt auf einem Stuhl. Flackernde Kerzen beleuchten ihn inmitten eines Blumenmeeres. Als Übersetzer der Sorgen und Nöte tritt ein Laienpriester auf. San Simons Lebenselixier ist ein hochprozentiger Schnaps, den ihm die Bittsteller einflößen. Sein Magen ist nichts als ein hohler Tank. „Abends leeren ihn die Hüter des Heiligen und verkaufen ihn“, erzählt mir Emanuel, ein Einheimischer, der mich durch Zunil begleitet. Alle zwei bis drei Monate wechselt der Dorfheilige sein Zuhause und die Laienpriester wählen eine neue Familie aus. Die mache ein gutes Geschäft mit dem Heiligen, denn die Geldgeschenke dürften sie behalten. Von jedem Touristen kassieren die Wächter San Simons fünf Quetzal je Foto. Die Herkunft Maximons ist unklar. Es gibt viele Theorien über seinen Ursprung: In Maximon verehren die einen die wiedergeborene Maya-Gottheit Mam, für andere verkörpert er den christlichen Judas. Einig sind sich Kulturforscher darin, dass vorkolumbianischer Götterglauben und christliche Heiligenverehrung zu diesem Kult verschmolzen sind.

## 18. Der Musikwettbewerb

Chichicastenango: Vor Anbruch der Dämmerung beginnt um fünf Uhr die Frühmesse in der Kirche Santo Tomas. Hunderte Indios drängen sich in der Kirche, die auf dem Fundament eines alten Mayatempels errichtet ist. Die Halle ist von Kerzenschein erhellt, die Luft stickig von Weihrauchschwaden. Der Weihrauch quillt aus durchlöcherten Konservendosen, die von Laienpriestern der Indiobruderschaften geschwenkt werden. An den Seitenwänden der Kirche knien Gläubige, murmeln innig Gebete, stecken Kerzen an. Eine Woche feiert der Ort seinen Stadtheiligen San Tomás mit einer Fiesta. Alle 6.000 Menschen scheinen auf den Beinen zu sein. Die Heiligenfiguren sind in der Kirche auf Tragen aufgebockt. Man hat sie mit Mais, bunten Blumen, Puppen, Spiegeln, Federn und Früchten geschmückt. Der katholische Priester zelebriert eine Messe nach der anderen, auf Spanisch und Quiche, der örtlichen Indiosprache.

Die andächtige Stimmung wird durch Knaller zerrissen. Draußen auf der Kirchentreppe bewegen sich flink zwei Männer zwischen vier Stahlrohren, den Abschussrampen für faustgroße Böller. Während in der Kirche die heilige Kommunion ausgeteilt wird, werden die Chinabomben in die Luft gejagt. Dann beginnen auf dem Platz Musikdarbietungen. Nebeneinander haben drei Bands ihre Bühne aufgebaut, flankiert von riesigen Verstärkertürmen, die bis zum Anschlag aufgedreht sind. Die Gruppen scheinen in einer Art Wettbewerb gegeneinander anzuspielden, ganz nach dem Motto: Sieger ist der Lauteste. Die wenigen Ausländer stopfen sich Taschentücher in die Ohren, während die höllenlaute Mischung aus Marimbamusik und Knallern die Einheimischen anscheinend unberührt lässt. Eine Indiofrau sitzt mit ihrem Baby ganz ruhig direkt vor einem der Lautsprecher, ja selbst die Hunde schlafen weiter, sie zucken nicht einmal, wenn es knallt. Dann startet die Prozession, wogend tragen die Laienbrüder die großen Holzgestelle mit den Heiligenfiguren und -bildern die Treppe hinunter. Die Menge auf dem Markt weicht auseinander. Alle paar Meter stoppt die Prozession an. Man zündet selbstgebastelte Chinabomben zur Bekräftigung der Gebete – auf dass sie im Himmel erhört werden.

Ich fühle mich mehr wie auf einem Schützenstand als bei einer Heiligenverehrung. Die Marktmitte ist angefüllt mit Garküchen. Aus brodelnden Töpfen fischen Köchinnen Tamales, die traditionellen, in Blätter eingerollte Maisgerichte. Am Rande des Platzes gibt es eine Kirmes. Attraktionen sind zwei Riesenräder und ein Kino, welches US-Aktionfilme à la Arnold Schwarzenegger vorführt. Mich erstaunt, dass während der einwöchigen Fiesta nur einige wenige eingeladene Gruppen tanzen. Die Besucher des Festes schauen ruhig zu, regen sich nicht einmal zu den Rhythmen. Selbst bei dem spektakulären Abschlussfeuerwerk schauen sie ganz still zu.

## **19. Die Katholiken sind in der Defensive**

Der „Papa“ ist allgegenwärtig: In Kiosken, Kirchen oder an Häuserwänden hängen Plakate mit dem Porträt von Papst Johannes Paul II, der erst wenige Wochen vor meiner Ankunft Guatemala besucht hatte. Doch diese Präsenz kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die katholische Kirche heftige Konkurrenz bekommen hat. Heute hängen nur noch weniger als zwei Drittel der Guatemalteken dem katholischen Glauben an. Und ihre Zahl sinkt. Immer mehr Menschen wechseln zu den Gruppierungen der evangelikalen Bewegung. Selbst in den entlegensten Dörfern sind deren Prediger längst

angekommen. Abend für Abend zelebrieren sie lautstark Messen. Heute gibt es bereits mehr als zwei Millionen „Evangelicos“ in dem Land.

Massiv traten sie 1976 auf den Plan, nach dem großen Erdbeben. Die Prediger verbanden Aufbauarbeit mit Missionierung. Auftrieb erhielt die Bewegung nachdem sich Rios Montt 1982 an die Staatsspitze geputzt hatte. Er bekennt sich zur Pfingstkirche, einer evangelikalen Sekte. Erstmals regierte also damals ein Nichtkatholik das Land. Der General versprach sich von einer Stärkung der Sekten eine Schwächung der katholischen Kirche. Deren Bischöfe und Priester waren ihm ein Dorn im Auge. Denn anders als Generationen ihrer Vorgänger verstehen sie sich zunehmend als Anwälte der Armen und Unterdrückten. So hatten die Bischöfe in ihrem Dokument „Vereint in Hoffnung“ nach dem Erdbeben die bestehende Gesellschaftsordnung verurteilt. Sie hatten die Beseitigung von Armut, Not und Rechtlosigkeit gefordert. Viele Geistliche sympathisierten mit der Befreiungstheologie, eine große Anzahl unterstützte die Guerillas. Das Militär reagierte hart: Missionare und Katecheten erhielten Morddrohungen. Viele von ihnen flohen deshalb. Wer blieb, den töteten oftmals Schergen des Militärregimes. So entstand in vielen Indiodörfern ein kirchliches Vakuum. Darenin stoßen die Sekten vor, finanziell massiv unterstützt von Glaubensbrüdern aus den Vereinigten Staaten. In vielen Dörfern gibt es heute bereits zehn oder mehr Sekten. Nicht weniger Erfolg haben die Sekten unter den Ladinos in den Städten. Für viele Bürger der Ober- und Mittelschicht scheint die Zugehörigkeit zur Evangelikalenbewegung zu einer Frage des sozialen Images zu werden, je entschlossener die katholische Kirche als Fürsprecher der unterdrückten Schichten auftritt.

## 20. Die Blockade „Ehemann“

„Das Haupthindernis für uns Frauen ist nicht die Gewalt oder die große Politik, sondern der liebe Gatte“, erzählt mir Rosy Queme. Sie leitet die lokale Frauenorganisation AMUTED, die sich für mehr Frauenrechte einsetzt. „Viele Männer – ob Ladinos oder Indios, Alte oder Junge, Gebildete oder Ungebildete – verbieten ihren Frauen ein politisches Engagement“, beschreibt Queme den täglichen Geschlechterkampf. Dabei erfordere es schon einen unglaublichen Kraftakt für Frauen, sich die Zeit für ihr politisches Engagement zu nehmen. „Schließlich kümmern sie sich um die Familie, putzen, kochen, arbeiten auf dem Feld, verkaufen die Ernte auf dem Markt – sie haben eigentlich gar keine Zeit für die politische Arbeit.“



Im Urteil über das Entwicklungshindernis „Macho“, sind sich alle Frauen parteiübergreifend quer durch das Land einig. Dies erlebe ich bei einem Forum „Participacion Politica“, einer Podiumsdiskussion, welche die Friedrich-Ebert-Stiftung in der Hauptstadt veranstaltet. Bisher ist nur etwa jedes zwanzigste Amt landesweit von einer Frau besetzt. Strittig ist der Weg zur Überwindung dieser Diskriminierung. So plädiert Martha Ayala von der fortschrittlichen PLV beispielsweise für einen „neuen Politikertyp“ und fordert eine Frauenquote bei den nächsten Wahlen. Leticia de Alvarado von der konservativen PAN hält das für nicht durchsetzbar. Sie plädiert deshalb für einen Ansatz auf der unteren Ebene. Es gehe um eine Beteiligung der Frauen an der Basis, der Rest folge dann von alleine.

Doch wie schwierig selbst kleine Veränderungen zu erreichen sind, zeigte sich beim Besuch mit einer Delegation der Friedrich-Ebert-Stiftung in der kleinen Stadt Olintepeque. Stolz führen Bürgermeister Theodore Garcia Oxtaj und Verwaltungschef Jose Louis Ramirez uns durch das Rathaus, in das Standesamt und in die kleine Bibliothek, eine Abstellkammer eigentlich mit einem Schrank, der rund zweihundert Bücher birgt. Dann geht es weiter in das Büro des Bürgermeisters. Der Sessel, in dem dieser Platz nimmt, erinnert an einen Autositz. Dahinter an der Wand hängt die guatemalteckische Flagge, auf dem Tisch liegt der Amtstock – neben einer dieser Plastikkugeln, in der nach dem Aufschütteln weiße Flocken auf einen Heiligen rieseln. Nach einem Vortrag über die Zukunft des Dorfes, der Wirtschaft und der Bewohner werden wir in die Versammlungshalle geführt, eine Betonkonstruktion mit dem Charme von DDR-Plattenbauten. Auf der Bühne stehen noch Kulissen von einem Theaterstück. Während die Honoratioren mit uns speisen, werden wir von Frauen aus dem Dorf in ihren typischen Trachten bedient. Auf die Frage, warum denn keine Frauen in den Führungsgremien der Gemeinde vertreten seien, schlägt die ausgelassene Stimmung der Männer in irritierte Verlegenheit um. Die Blicke wenden sich ab, Nasen werden geschneuzt. Das Thema komme sicher später dran, murmelt man floskelhaft.

„Die Benachteiligung der Frauen ist unglaublich“, ereifert sich die 34-jährige Carmen Ceramalo Arroyo, eine Mitarbeiterin der katholischen Frauempastoral. So dürften Frauen kein Land besitzen. Beispielsweise Maria (Name geändert): Weil sie Frauen organisiert, verließ ihr Mann sie und ihre Kinder. Und deshalb verlor sie ihr Stück Land. Sie sei ja eine Frau, sagten die leitenden Männer der Kooperative. Damit war klar, dass sie ihr das Land rauben würden, wie es schon vielen anderen Frauen ergangen ist. Bisher habe Maria vor Gericht noch kein Recht erhalten, beendet Arroyo die Geschichte.

## 21. Korruption

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass Fernsehen, Radio oder Zeitungen über Korruptionsskandale berichten. Aufgeklärt werden letztlich nur sehr wenige Fälle. Denn Korruption muss wohl als Bestandteil des politischen Systems betrachtet werden. Der häufige Wechsel der Minister sei nicht auf ihre Unfähigkeit zurückzuführen, sagten Insider, sondern auf das Bestreben, dass sich alle einmal aus den Fleischtöpfen der Macht bedienen können. Und bei jedem Regierungswechsel wird deshalb auch das Personal komplett ausgetauscht. Politische Beamte kennt das guatemaltekeische Präsidialsystem nicht. „Jeder braucht seinen Clan, deshalb bedient jeder seine Leute bei Amtsantritt“, sagt ein politischer Beobachter, der seit mehr als zwanzig Jahren in dem Land lebt. Mehrfach bekomme ich folgende Anekdote erzählt. Auf dem internationalen Flughafen von Guatemala City stehe ein neuer Tower zur Flugüberwachung. Der werde allerdings nicht genutzt, weil man dann alle Flugpisten des Landes, auch die in den Küstenregionen überwachen könnte. Diese Gegenden aber gelten als wichtige Verkehrsknotenpunkte für die kleinen Maschinen mit denen Drogen aus Kolumbien, Peru und anderen Ländern via Guatemala in die Vereinigten Staaten geschmuggelt werden.

Das Ministerio Publico, zuständig für die innere Sicherheit, ermittelt gegen ein Dutzend ehemalige Regierungspolitiker, die mehr als 80 Millionen Quetzal Staatsgelder unterschlagen haben sollen. Exvizeminister Luis Garcia Archila soll Millionen Straßenbaugelder veruntreut, Exminister Byron Barrientos Geschäfte mit gefälschten Dokumenten getätigt haben. Offen gibt Präsidentensprecher Byron Barrera zu: „Korruption zieht sich durch alle Gesellschaftssektoren, einschließlich der Regierung.“ Doch dies ist kein neues Phänomen. „Jeder hält hier schon immer die Hand auf, das hat Tradition,“ erzählt mir ein Diplomat. Zwar habe Präsident Arana schon 1944 den Kampf gegen die Korruption begonnen. Doch seitdem wiesen die Ermittler nur selten Erfolge auf. Vom Präsidenten bis zum Polizisten scheinen alle die Hand aufzuhalten. Ein Ring von Fälschern, der wundersamer Weise im Herbst 2002 auffliegt, reicht tatsächlich vom einfachen Polizisten bis zum Fahrer des Präsidenten. Die Fälscher hatten ein breites Angebot: ob Visa oder Pässe, PKW- oder Busführerscheine, Schul- oder Universitätszeugnisse. Das sei in Guatemala normal, fast jeder kaufe sich hier seinen Führerschein, erzählen mir Freunde. Der gesellschaftliche Konsens ist die Regelverletzung. Wer sich an die Regeln hält, ist der Regelverletzer und lebt gefährlich. Auch Regierungschef Portillo soll Staatsgelder in Höhe von 300 Mill. US-Dollar veruntreut und auf private Konten nach Panama transferiert haben. Zwar stiften Fernsehen und Zeitungen einen Aufruhr, der fast zum Rücktritt des Präsidenten führt. Doch nichts wird bewiesen. Der Oberste Gerichtshof bezeichnet die Kampagne als „Show“.

Aufgeschreckt werden die Mächtigen Guatemalas durch den Fall Aleman. Mitte Dezember hebt das Parlament in Nicaragua die Immunität des ehemaligen Staatspräsidenten und jetzigen Parlamentspräsidenten Arnaldo Aleman wegen Korruptionsverdachtes auf. Der Politiker soll mehr als zehn Millionen Dollar Staatsgelder auf seine Privatkonten abgezweigt haben, vor allem Hilfgelder internationaler Organisationen für die Opfer des Hurrikan Mitch. Zugleich entziehen die Vereinigten Staaten einer Reihe guatemaltekischer Politiker die Visa für die USA. „Wer sich die eigenen Taschen gefüllt hat, kann nicht mehr sicher sein, dass er straffrei ausgeht“, sagen Regierungskritiker. Sie befürchten nun allerdings, dass die FRG alles daran setzen wird, die nächsten Wahlen zu gewinnen, um solche Verfahren wie den Fall Aleman im Keim zu ersticken. Nachdenklich stimmt mich bei aller wohl berechtigten Kritik an der Korruption ein UN-Diplomat: „Natürlich ist die Korruption hier schlimm, aber bei uns heißt das einfach Lobbyarbeit.“

## 22. Das Leben auf einem Vulkan

Plötzlich bricht die Straße ab! Ein Stück von etwa dreißig Metern Breite und Hunderte Metern Länge ist in einer Erdspalte versunken. Jenseits der Spalte führt die Hauptstraße des ehemaligen Dorfes El Palmar weiter. Wir sind in Begleitung von zwei bewaffneten Polizeibeamten, die ich bezahle, weil man hier immer mit Überfällen rechnen muss. Vor vier Jahren verschwand ein Drittel des Dorfes in der Versenkung. „Erst brach der Vulkan Santiaguito aus, dann öffnete sich die Erde und verschluckte Schule, Kirche, Hospital und viele Menschen mit ihnen“, erzählt Emanuel, der mich in dieses verlassene Dorf im westlichen Hochland geführt hat. Danach sei ein Feuer ausgebrochen und habe die restlichen Häuser zerstört.

Heute fließt der ehemalige Dorfbach in der Tiefe, wuchert Gestrüpp in den Ruinen, dazwischen liegen alte Plastiksandalen, zerrissene Kleiderfetzen und anderer Müll, der nicht verrottet und den die Plünderer nicht gebrauchen können. Es ist ein gespenstischer Anblick. Drei Tage nachdem ich dieses Grab verlassen habe, raucht der Santiaguito wieder. Das meteorologische Institut warnt die Bevölkerung über Radio und Zeitungen davor, im Freien zu schlafen, weil das Pulver in der Luft giftig sein könnte. Menschen mit Atemwegserkrankungen sollen in den Häusern bleiben und die Fenster schließen.

Die Vulkane prägen die Hochebenen des Landes. Wie eine Kette reihen sich die 33 Vulkane entlang der Kordilleren. Sie liegen dort, wo die ozeanische Platte des Pazifik unter die amerikanische Kontinentalplatte mit ihrer

zentralamerikanischen Landbrücke taucht. Der Druck auf die Landmasse presst die im Erdmantel eingeschmolzene Ozeankruste nach oben. So wurden die Vulkane geboren. Bei fast jeder Verschiebung der Platten wachen die Vulkane auf, meistens bebte gleichzeitig die Erde. Die Naturkatastrophen haben die Geschichte Guatemalas massiv beeinflusst. Zweimal haben die spanischen Kolonialherren wegen Naturgewalten die Hauptstadt verlegt: zwei Mal: 1543 hatte ein Erdbeben Ciudad Vieja zerstört. Der Kolonialtross zog weg nach Antigua. Dort bebte die Erde 1773. Noch heute prägen die Ruinen ehemals prächtiger Kirchen und Klöster das Bild Antiguas. Auch die Wahl des dritten Platzes hat sich nicht als glücklich erwiesen. Dreimal bebte die Erde unter der heutigen Hauptstadt Guatemala City. Die Spuren des letzten Bebens vom 4. Februar 1976 sind bis heute nicht ganz beseitigt. 30 Sekunden Beben rissen 22.800 Menschen in den Tod und verletzten 76.500. In den ländlichen Regionen brachen die Lehmhütten wie Kartenhäuser über ihren Bewohnern zusammen. Viele der mehr als eine Million Obdachlosen strömten in die Hauptstadt, an deren ärmlichen Rändern sie sich ansiedelten.

### 23. Das „andere“ Guatemala

Träge klatschen die Wellen der Karibik gegen die Holzplanken der Fischerboote, Pelikane bevölkern den Hafen von Livingstone, dem „anderen“ Guatemala. Hier leben die schwarzen Garifuna, Nachkommen von Sklaven, die vor zweihundert Jahren auf der Flucht vor den Briten an dieser Küste landeten. Holzhäuser mit abblätternder Farbe prägen das Straßenbild, es herrscht eine Atmosphäre wie in Wim Wenders Film „Buena Vista Social Club“. In Bars, am Strand und auf der Straße spielen Musiker Abend für Abend gefällige Rhythmen. Doch heute wird das gleichmäßig vibrierende Lebensgefühl der Dorfbewohner gestört. Hochgereckte Marinesoldaten stolzieren in weißen Paradeuniformen von einem Schiff an Land, sie durchstöbern die Stadt, die bisher nur vom Meer erreichbar ist. Eine Straßenverbindung gibt es nicht. Deshalb prägen hier – anders als in den anderen Städten des Landes – die Fußgänger das Straßenbild, nicht der Autoverkehr. Hier stellen die Gläubigen Stühle auf die Hauptstraße bevor sie dort ihren Gottesdienst feiern. Heute haben sich viele fein herausgeputzt für ihren Präsidenten, Alfonso Portillo, der zu einem Festakt erwartet wird. Schwarze Mütter in wallenden bunten Gewändern, Jungen mit Baseballkappen und schlappernden Sportshorts, Greise in dunklen, zerschlissenen Anzügen schlendern schwatzend den Berg hinauf, auf dem das Kulturzentrum der Garifuna steht. Es ist frisch angestrichen, das Dach ist erneuert worden. Plötzlich jagt ein Wagenkonvoi

den Hügel hinauf, Portillo, gekleidet mit Jeans und blauem Baumwollhemd erklimmt lässig die Veranda, wird von den örtlichen Honoratioren begrüßt, bevor er mit der Hand auf dem Herz die Nationalhymne singt. Von oben herab blickt er auf einen schwarzen Mädchenchor. Portillo hält eine Rede. Er bleibt im Allgemeinen. Die aktuellen Themen des Landes, wie die Proteste der Landarbeiter oder der ehemaligen Paramilitärs von den Pac erwähnt er nicht. Den tief sitzenden Krisenherden – der Landwirtschaftsprobleme, Ungleichheit, Diskriminierung oder Korruption – geht er aus dem Weg.

Januar 2003: Ich habe ein Land von der Größe der beiden Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg bereist. Seit Jahren habe ich offizielle Berichte über dessen Entwicklung gelesen. Innerhalb der zurückliegenden drei Monate habe ich mit Vertretern von Parteien, Regierung, Gewerkschaften, Kirchen, Menschenrechts- und Frauengruppen, Gemeinden, Internationalen Organisationen, Entwicklungshilfeorganisationen, Stiftungen, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Medien gesprochen. Ich bin den Menschen dort begegnet, wo sie auf ihre Weise leben: Den Indígenas in den Hochlanddörfern, den Ladinos in den Straßen, Fabriken und Cafes der Hauptstadt, den Kautschukpflanzern, Kleinbauern und Naturschützern im Dschungel des Peten, den Saisonarbeitern auf den Kaffee- und Zuckerrohrplantagen an der Pazifikküste, den schwarzen Fischern und Musikern im karibischen Livingstone. Folgende Eindrücke blieben haften: Trotz einer langen Kolonialgeschichte, trotz vieler Einwirkungen ausländischer Interessen haben die Guatemalteken in ihrer Mehrheit eine eigene Kultur in den ländlichen Gebieten erhalten: eine Mischung aus alten indianischen Lebensweisen und katholischer Religion. Diese Kultur ist aber massiv bedroht: nicht nur durch den Einfluss der westlichen Lebensweise mit Cola, Fastfood und Konsumterror, sondern vor allem durch die anhaltend schwierigen Lebensbedingungen, die Jahr für Jahr Tausende in die Migration treiben. 480 Jahre nach Ankunft der spanischen Kolonialherren, sechs Jahre nach Beendigung des Bürgerkriegs – die Hauptprobleme des Landes sind die gleichen geblieben, seit den Friedensverträgen hat sich wenig verändert. Rassismus, Ungleichverteilung, Diskriminierung und Unverständnis prägen das Verhältnis zwischen den Bewohnern der Hauptstadt und dem Land, Ladinos und Indígenas, Großgrundbesitzern und Saisonarbeitern, Frauen und Männern. Guatemala ist ein zerrissenes Land mit vielen Gräben. Ob diese überwunden werden können, erscheint mir offen.